



Der Minister

14. April 2018
Seite 1 von 3

Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

Aktenzeichen
(bei Antwort bitte angeben)
IX.9 – 111 - 820

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Digitalisierung und
Innovation des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Thorsten Schick MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-170

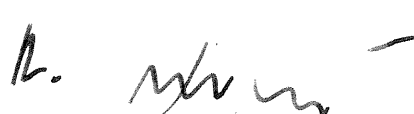
**Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation
am 19. April 2018**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion der SPD hat zur o.g. Sitzung um einen schriftlichen Bericht
zum Thema „**ePrivacy Verordnung – Sachstand**“ gebeten.

Als Anlage übersende ich Ihnen 60 Exemplare mit der Bitte, diese an
die Mitglieder des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation weiter-
zuleiten.

Mit freundlichen Grüßen


Prof. Dr. Andreas Pinkwart



Dienstgebäude und Lieferan-
schrift:
Berger Allee 25
40213 Düsseldorf

Telefon 0211 61772-0
Telefax 0211 61772-777
poststelle@mwide.nrw.de
www.wirtschaft.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Straßenbahnlinien 706, 708,
709 bis Haltestelle Poststraße

Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

„ePrivacy Verordnung – Sachstand“

Bei dem in der Fragestellung angeführten Sachstandspapier handelt es sich um ein aktuelles Dokument („NOTE“) der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft vom 22. März 2018. Eine innerhalb der Landesregierung abgestimmte, vollumfängliche fachliche Bewertung des Papiers konnte aus Zeitgründen und vor dem Hintergrund, dass der Rat derzeit in kurzen Zeitabständen neue Papiere vorlegt, bislang noch nicht erfolgen.

Das Europäische Parlament hat sich bereits im Herbst vergangenen Jahres positioniert.

Die Stellungnahme des Rates steht noch aus und wird nach dem Antritt der österreichischen Ratspräsidentschaft im Juli 2018 erwartet. Aufgrund der Bedeutung des Themas werden die Entwicklungen im Rat insbesondere seitens des federführend zuständigen Ministeriums des Innern (IM) und des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie (MWIDE) intensiv verfolgt.

Die Landesregierung ist gerne bereit, dem Landtag nach Auswertung der einschlägigen Dokumente und unter Berücksichtigung der gestellten Fragen zeitnah entsprechend zu berichten.

Dabei wird die Landesregierung die vielfältig zum Tragen kommenden Belange angemessen berücksichtigen: Die Landesregierung setzt sich für den Schutz personenbezogener Daten ein. Gerade in Zeiten der Digitalisierung muss der Datenschutz bewahrt und weiterentwickelt werden. Wirtschaftliche Belange dürfen dabei jedoch nicht außer Acht gelassen

werden. Ziel ist es, eine Balance zwischen dem Schutz personenbezogener Daten sowie der Privatsphäre und dem Erhalt einer innovationsfähigen, sich am Weltmarkt profilierenden Digitalwirtschaft zu finden.

Das MWIDE hat sich in der jüngeren Vergangenheit sowohl an die Bundesregierung zur Einwirkung auf die Positionsfindung des Rates, als auch an das Europäische Parlament sowie an die Europäische Kommission gewandt, um insbesondere auch auf die mit Art. 8, Art. 10 und das Verhältnis zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verbundenen Problemstellungen hinzuweisen.

Zu den Entwicklungen im Frühjahr dieses Jahres kann als positiv hervorgehoben werden, dass M2M-Dienste (automatisierte Kommunikation zwischen Maschinen) aus Art. 5 gestrichen wurden, was viele Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, begrüßten. Die Landesregierung wird die Bundesregierung in ihrem Bestreben unterstützen, auch auf eine Streichung der M2M-Kommunikation aus ErwGr. 12 hinzuwirken. Für die Industrien und insbesondere die Energiewirtschaft ist die Regulierung der M2M-Kommunikation - vor allem beim Einsatz smarter Anwendungen (z. B. Messstellenbetrieb, smart home, charging) – von erheblicher Bedeutung.

Der Landesregierung ist bewusst, dass das Verhältnis zwischen der ePrivacyVO und der DSGVO präzisiert werden muss und verfolgt die Bemühungen des Rates, Unklarheiten im Hinblick auf den Geltungsbereich auszuräumen. Der Rat ist diesbezüglich nach Ansicht der Landesregierung auf einem guten Weg.